

Was tut die FDP für KMU?

Vor und während der Corona-Zeit

Stand 21. Juni 2020

1. Allgemein: Die Strategie der FDP für die kommende Wirtschaftskrise

Die von der FDP im August 2019 geforderte [Vorwärtsstrategie für den Wirtschaftsstandort Schweiz](#) ist nun aktueller denn je.

2. In Zeiten von Corona

- Runder Tisch am 18. März mit Unternehmer-Vertreter, der dann in einen [offenen Brief an BR Parmelin](#) mündete: Unternehmen, Angestellte und Selbständige brauchen Hilfe – in den nächsten Tagen, nicht erst Wochen! Wenig später hat der BR dann reagiert.
 - o Da haben wir bereits auf die Problematik der ALV für Selbständige hingewiesen.
- Wir fordern Planungssicherheit für Unternehmen und zusätzliche Hilfe für KMU: <https://www.fdp.ch/aktuell/medienmitteilungen/medienmitteilung-detail/news/die-schweiz-erwartet-eine-exit-strategie-vom-bundesrat>. Auf die fehlende Planungssicherheit haben wir [immer wieder hingewiesen](#).
- Wir setzen Druck auf für die lange überfällige [Reform der Verrechnungssteuer](#). Gerade in Krisenzeiten ist das wichtig. In diesem Zusammenhang unterstützen wir ein neues freiwilliges Meldeverfahren für natürliche Personen in der Schweiz mit Beteiligungen ab 10 Prozent. Für KMU-Aktionäre mit grösseren Beteiligungen wäre diese Massnahme mit erheblichen Liquiditätsvorteilen verbunden.
- Am 15. April haben wir unsere [Ausstiegsstrategie](#) an einer digitalen MK präsentiert. So fordern wir etwa, dass Geschäfte, welche ihre Kundschaft und Mitarbeitenden schützen können, wieder öffnen sollen. Oder auch die Forderung nach Unterstützung für Härtefälle unter den indirekt betroffenen selbstständig Erwerbenden.
- Nochmals vehementer: Geschäfte, welche ihre Kundschaft und Mitarbeitenden schützen können, [sollen wieder öffnen können](#). [Hier](#) bekräftigen wir diese Forderung und kritisieren die verwirrende Kommunikation des BR in der Sache Fachhandel vs. Grossverteiler.
- Wir haben im Parlament in der ausserordentlichen Corona-Session anfangs Mai die Hilfspakete des Bundesrats für Unternehmen und Selbständige genehmigt. Zudem haben wir ein [Vorstosspaket eingereicht](#). U.a. soll ein Abzug für Eigenfinanzierung bei der direkten Bundessteuer die Widerstandsfähigkeit der Unternehmen stärken. Davon würden auch viele KMU profitieren.
- Im Ständerat konnten wir im Mai gerade noch [ein populistisches Dividendenverbot verhindern](#), das SVP und CVP ermöglicht hätten. Es hätte Arbeitsplätze gekostet und u.a. die Pensionskassen geschädigt.
- Wir kritisieren die [zu zögerlichen Lockerungen](#), welche Ende Mai angekündigt wurden. Denn für viele Unternehmen ist die Planungssicherheit weiterhin tief.
- Wir setzen uns in der Sommersession für einen gemässigten Gegenvorschlag zur [Unternehmensverantwortungsinitiative](#) ein. Denn in der Krise ist nicht die Zeit für Experimente. Viele KMU wären betroffen.

- Unerklärlich ist für uns, warum eine Mehrheit im Nationalrat die [Industriezölle](#) nicht abbauen will. Weniger Bürokratie für KMU, tiefere Preise für die Konsumenten. Gerade in Krisenzeiten ist das wichtig.
- Wir wundern uns gewaltig, warum einerseits Demos mit Tausenden Menschen toleriert werden, während Geschäfte immer noch pingelig auf Abstände achten: [Gelten die Corona-Vorschriften eigentlich noch für alle?](#) Dazu haben wir einen Vorstoss eingereicht.

3. In der Zeit vor Corona

- [Positionspapier](#) KMU von 2017
- Wir haben einen [Bürokratiebriefkasten](#), in welchem gerade KMU viele ihrer Bürokratieärgernisse deponieren. Wir gehen diesen nach und werden vorstössig, wo möglich.
- Steter Kampf gegen die Überregulierung: Wir fordern [eine unabhängige Regulierungsfolgeabschätzung](#) auf Bundesebene und eine [Regulierungsbremse](#). Beides Vorstösse, welche im Parlament bereits angenommen wurden und in Umsetzung sind.
- Seit Jahren fordern wir einen [Mehrwertsteuereinheitssatz](#). Gerade KMU würden von diesem Bürokratieabbau profitieren. Leider fanden all unsere bisherigen Vorstösse keine Mehrheiten im Parlament. Wir bleiben dran!
- Wir setzen uns für ein funktionierendes e-Government ein, welches Behördengänge und deren Kosten reduziert (u.a. [Vorstoss](#)).
- Wir fordern, dass Behördenwillkür bei der Selbstständigkeit gestoppt wird. Wer als Selbsterwerbender AHV-anerkannt ist, ist als eigenständige wirtschaftliche Einheit (insbesondere bei der Mehrwertsteuer) zu behandeln. Plus: Wer bei der AHV als selbständig anerkannt wird, soll es auch bleiben können ([Vorstoss](#)).
- Wir setzen uns dafür ein, dass der Staat nicht in einen unfairen Wettbewerb mit der Privatwirtschaft kommt ([Postulat](#), [Motion](#)).
- Klare Ablehnung der linken Initiativen zu bedingungslosem Grundeinkommen, 6-Wochen Ferien, Erbschaftssteuer, Mindestlohn, AHV plus, Nahrungsmittelspekulation.
- Anpassungen des Arbeitsgesetzes an moderne Gegebenheiten ist im Gange ([Home office Erleichterung](#)). Zudem forderten wir eine [Ausweitung der Ausnahmen für Arbeitszeiterfassung](#).
- Endlich elektronische Identität (e-ID) in Umsetzung ([Vorstoss](#)).
- Angenommener [Vorstoss](#) zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung dank Digitalisierung.
- Flexibilität bei der Rückerstattung der Verrechnungssteuer ([Vorstoss](#); [Vorstoss](#)).
- Modernisierung der Zollverfahren (u.a. [Vorstoss](#); [Vorstoss](#))
- Einführung und Beibehaltung der Schuldenbremse gegen Widerstand von Mitte-links und Bundesrat.
- Bundesrätliche Vorlage zur Erhöhung des Kinderfremdbetreuungsabzugs auf 25'000 Franken und des Kinderabzugs auf 10'000. Dies entlastet insbesondere auch die mittelständischen Familien.
- [Ausgleich der realen kalten Progression](#).